



Gemeinsame Medienmitteilung der Südtiroler Umweltverbände
zum Klimastreik am 10. Dezember 2021

Basta bla, bla bla!

Südtirol hat die Chance eine der fortschrittlichsten Regionen zu werden. Ein Vorbild auf dem Weg zu einer nachhaltigen, krisenfesten und solidarischen Gesellschaft. Nur wenige Regionen haben derart gute Voraussetzungen dafür. Der Klimaplan, der zurzeit von der Landesregierung überarbeitet wird, wäre das richtige Instrument, den nötigen Wandel zu gestalten. Der Plan aber verfehlt dieses Ziel, ebenso wie die internationalen Standards. Anlässlich des weltweiten Klimastreiks fordern die Umweltorganisationen mit einer Stimme ein klimaneutrales Südtirol bis 2035.

Klimaschutz macht es notwendig, dass die fossilen Brennstoffe, wie Methangas oder Öl im Boden bleiben, denn für den hohen Ausstoß an Treibhausgasen in Südtirol sind vor allem fossilen Heizungen sowie die Verbrennungsmotoren im Verkehr, einschließlich Transitverkehr, und der Landwirtschaft verantwortlich. Südtirol muss bis 2030 rund die Hälfte der fossilen Technologien durch CO₂-neutrale ersetzen, konkret Wärmepumpe statt Gas- und Ölheizungen, Elektromobilität, Fuß- und Fahrradverkehr statt Verbrennungsmotoren. In Südtirol passiert zurzeit aber das Gegenteil, zum Beispiel durch den Ausbau der Infrastruktur für Methangas. Die Steigerung des Verbrauchs von Methangas um ein Prozent pro Jahr bringt doppelt so viele Treibhausgase, wie die sehr sinnvolle und begrüßenswerte Maßnahme ab 22:00 Uhr die Beleuchtung der Schaufenster und anderer Objekte auszuschalten. Zugleich stockt der Ausbau der einzigen, aktuell noch signifikant ausbaufähigen regenerativen Ressource in Südtirol: die Photovoltaik.

Die Umweltverbände appellieren außerdem an die Landesregierung, alle Gesetze, Bestimmungen und Projekte auf den Klimaschutz nachzubessern und neu auszurichten. Denn keine Tonne CO₂ darf ab heute anders verwendet werden als zur Sicherstellung eines Lebens bei Nullemissionen. Dieser Anspruch gilt für das sich in Ausarbeitung befindende Tourismusentwicklungskonzepts des Landes, genauso wie für die Raumordnung. So muss ein Klimaplan verpflichtender Teil des kommunalen Gemeindeentwicklungsprogramme sein. In den nächsten Jahren arbeitet jede der 116 Gemeinden an einem Entwicklungskonzept. Die gesetzliche Grundlage dafür – das Gesetz für Raum und Landschaft –

fordert aber keinen Klimaplan ein bzw. einen Nachweis darüber, wie die Klimaziele eingehalten werden.

Damit Südtirol Vorbild auf dem Weg zu einer nachhaltigen, krisenfesten und solidarischen Gesellschaft wird müssen mehr als nur die Interessensvertretungen eingebunden werden. Alle sind vom Wandel betroffen und haben das Recht diesen mitzugestalten. Es geht schlussendlich auch um den Ausbau der Demokratie, um die Möglichkeit, trotz Differenzen zusammen handlungsfähig zu werden und damit auch der Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Auch für den Klimaplan gilt: Die Beteiligung der BürgerInnen ist authentisch, wenn sie über bloße Information hinausgeht und die Beteiligten miteinander Ergebnisse erarbeiten. Sie ist strukturiert, wenn alle wissen, wie der Partizipationsprozess ablaufen wird, und dieser so gestaltet ist, dass alle Beteiligten auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Sie ist verbindlich, wenn klar ist, was mit den Ergebnissen des Prozesses geschieht. Alles andere ist Alibi-Partizipation.

Die Landesregierung müsse, so die Umweltverbände anlässlich des Klimastreiks, das “Bla Bla Bla” hinter sich lassen und handeln – jetzt.

Hier können Sie unsere Forderungen zum Klimaplan unterschreiben:

<https://climateaction.bz/12-forderungen-zum-klimaplan/>

